

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde**

Oelde, 05.09.2007

An
den Bürgermeister der Stadt Oelde
Herrn Helmut Predeick
Ratsstiege 1
D-59302 Oelde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

beigefügt erhalten Sie einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD.

Wir bitten Sie, diesen Antrag zur auf der nächsten Sitzung des Rates des Stadt Oelde am 17.09.07 zu beraten und darüber abzustimmen.

Thema des Antrages ist der vorliegende Entwurf des „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)“

Wir bitten Sie, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Barbara Köß

Fraktionssprecherin Bündnis 90 / Die Grünen
im Rat der Stadt Oelde


Beatrix Koch

Vorsitzende der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Oelde



Seite 1 von 7



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde

Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Oelde

Ratsbeschluss zum Entwurf der Landesregierung NRW für ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Oelde wurde sich in seiner letzten Sitzung über den von der Landesregierung NRW vorgelegten Entwurf für ein Kinderbildungsgesetz informiert.

Neben einigen zu begrüßenden Änderungen und Verbesserungen vor allem im Bereich der U3 Betreuung und der Tagespflege, bleibt aber festzustellen, dass der vorgelegte Entwurf die derzeit in den Kindertageseinrichtungen unserer Gemeinde aufgebaute Struktur einer guten Erziehungs- und Bildungspraxis stark beeinträchtigen würde.

Der Rat der Stadt Oelde schließt sich der Auffassung maßgeblicher Institutionen unseres Landes an, wonach der Entwurf in vielen wesentlichen Punkten nicht den Anforderungen an eine moderne Erziehung, Bildung und Förderung im Elementarbereich unseres Bildungswesens entspricht. Die betrifft u.a.:

- die Elternbeiträge steigen tendenziell (wenn auch vielleicht noch nicht in Oelde, aber auch 200.000 Euro geschätzte Mehrkosten (JA Oelde) müssen aufgefangen werden)
- Personal wird faktisch eingespart
- die Vorbereitungszeiten für die Fachkräfte werden gekürzt
- die Freistellung der Leiterinnen wird gekürzt
- die Bürokratisierung erhöht, z.B. durch das geplante Buchungssystem
- die Mitbestimmungsrechte der Eltern werden eingeschränkt und auf eine bloße Beiratstätigkeit reduziert
- die Qualität der Erziehungs-, Bildungs- und Förderarbeit der bisherigen Kindergartenpraxis wird eingeschränkt
- notwendige Finanzierungen des Landes werden als finanzielle Belastungen auf Träger, Eltern und Kommunen abgewälzt.

Der Rat der Stadt Oelde lehnt deshalb den vorgelegten Gesetzentwurf in der bisherigen Fassung ab und fordert das Landesparlament auf, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der derzeit vorliegende Entwurf für ein Kinderbildungsgesetz wird vom Landtag nicht weiter beraten.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden sowie den freien Trägern der Jugendhilfe, den Elternverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie mit den kommunalen Landschaftsverbänden einen neuen Gesetzentwurf zu entwickeln, der den Ansprüchen an eine moderne Elementarerziehung genügt.“

Anlagen: Auszug aus den Stellungnahmen von

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Zentralverband der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der kath. Kirche Deutschlands
- Bundesverband evang. Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen e.V.
- Der Beauftragte der evang. Kirchen bei Landtag und Landesregierung Nordrhein-Westfalen
- Bertelsmann Stiftung Bereich Bildung



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde

Anlage 1

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW

Städtetag
Nordrhein-Westfalen

 **LANDKREISTAG**
NORDRHEIN-WESTFALEN

 **Städte- und Gemeindebund**
Nordrhein-Westfalen

Präsidentin
des Landtags NRW
Frau Regina van Dinter
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
14. WAHLPERIODE
STELLUNGNAHME
14/ 1 4 1 1
alle Besp.

Ansprechpartner: Heike Pape
Markus Leßmann
Horst Heinrich
Gerhard

Tel.-Durchwahl: - 0221/3771-125
Fax-Durchwahl: - 0221/3771-179
E-Mail: heike.pape@staedtetag.de
Aktenzeichen: 51.21.73 N

Datum: 24.08.2007/mos

.....
Sehr geehrte Frau Präsidentin,

verschiedene unserer Vorschläge und Forderungen wurden im Regierungsentwurf bereits aufgegriffen. Um das Gesetzgebungsverfahren zum Erfolg zu führen, sind aber noch weitere, teils gravierende Veränderungen vor allem in den Finanzierungsregelungen erforderlich. Wir hoffen daher, dass auch die in dieser Stellungnahme genannten Kritikpunkte im weiteren Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

S. Articus

Dr. Stephan Articus
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städtetages Nordrhein-Westfalen

M. Klein

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

B. J. Schneider

Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde**

Anlage2



*Zentralverband der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
in Einrichtungen der kath. Kirche Deutschlands e.V.*

Landesverband ErzieherInnen

An die Präsidentin
des Landtages NRW
Referat I.1/A04
z.Hd. Frau Hielscher
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

LANDTAG NÖRRHEIN-WESTFALEN 14. WAHLPERIODE
STELLUNGNAHME
14/ 1395
<i>alle Abg.</i>

Köln, 24. August 2007

.....

Aus unserer Sicht gibt es keine überzeugenden Argumente für die Inkraftsetzung dieses Gesetzentwurfes.

Durch das KiBiz wird es mehr Verlierer als Gewinner geben. Kinder, Eltern und Erzieherinnen sind die Verlierer, da die Qualität in den Tageseinrichtungen nicht verbessert wird und bei Reduzierung von Personal mehr Arbeit geleistet werden muss.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Tillmann
Landesvorsitzende

Gisela Kierdorf
stellvertr. Landesvorsitzende



Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde

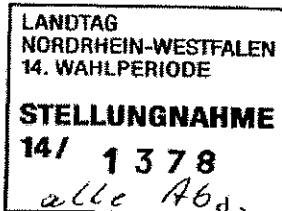
Anlage3

stark mit



Bundesverband Evangelischer
Erzieherinnen und
Sozialpädagoginnen e.V.

Die Präsidentin
Des Landtags Nordrhein-Westfalen
Referat I.1 / A04
z.Hd. Fr. Hielscher
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf



Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen

Gudrun Erlinghagen
Stürzelberger Straße 3
41469 Neuss

Telefon priv. (02137) 10 42 00
Telefon dien. (02131) 945-155
Fax (02131) 945-255

g.erlinghagen@mail.lsis.de
www.bundesverband-e-und-s.de

Neuss,

20.08.2007

Stellungnahme des

Bundesverbandes Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen e. V. –
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Block 4 Finanzierung

Planungssicherheit und damit eine positive, kontinuierliche Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder ist für uns mit der vorgesehenen Finanzierungsstruktur nicht gegeben. Wir sehen die Gefahr, dass das Pauschalierungssystem dazu führt, dass die Personalkosten der Träger nicht mehr entsprechend der personellen Notwendigkeiten refinanziert werden.

Wir befürchten

- Personalabbau und gegebenenfalls weniger qualifiziertes Personal in den Tageseinrichtungen für Kinder als Folge
- Träger werden unter Tarif bezahlen
- Tendenz zur „Zwangsteilzeit“
- weniger Existenz sichernde Arbeitsplätze gerade für Frauen
- Verlust der Kontinuität in der Arbeitszeit und damit in der Kontinuität in der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit

Wir wünschen uns

- Ein Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung für unsere heranwachsenden Generationen, dass die Zukunft aller Kinder in unserer Gesellschaft nachhaltig im Blick hat
- Ein Gesetz, das mit seiner finanziellen Ausgestaltung ermöglicht, die Trägervielfalt zu erhalten
- Ein Gesetz, das es ermöglicht, verlässliche und Existenz sichernde Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten
- Ein Gesetz, das eine kontinuierliche Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit sicher stellt und die Erkenntnisse der Forschung und Wissenschaft der Frühkindlichen Bildung nicht ignoriert.

Gudrun Erlinghagen
Landesgruppensprecherin NRW



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde**

Anlage 4

**DER BEAUFTRAGTE DER EVANGELISCHEN KIRCHEN
BEI LANDTAG UND LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Kirchenrat Rolf Krebs

Düsseldorf, 24.08.2007
221/07 K/Abr 24-0

An die Präsidentin
des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat I.1/A04
z. Hd. Frau Hielscher
Postfach 101143
40002 Düsseldorf



....
Wir halten es für erforderlich, dass im Interesse von Kindern, Eltern, Familien und Mitarbeitenden sowie Trägern im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch notwendige Veränderungen im Kinderbildungsgesetz vorgenommen werden.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD - Fraktion im Rat der Stadt Oelde

Anlage 5

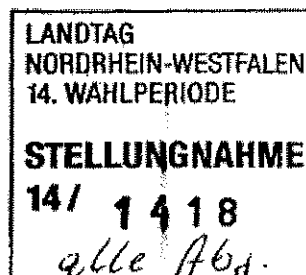
Sehr geehrte Frau Hielscher,

wie vorhin besprochen sende ich Ihnen die endgültige Stellungnahme der Bertelsmann Stiftung zur Weiterleitung an die Abgeordneten.

Vielen Dank und schöne Grüße

Christina Reich
Themenfeld Bildung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
Phone: +49(5241)81-81583
Fax: +49(5241)81-681583
E-Mail: Christina.Reich@Bertelsmann.de
URL: www.bertelsmann-stiftung.de



1.2. Wie wird das KiBiz dem Anspruch an ein integriertes System gerecht?

KiBiz orientiert sich zu wenig an einem bildungsbiographischen Ansatz, der die Bildung von Kindern im Sinne einer Verknüpfung formellen und informellen Lernens nicht auf Institutionen eingrenzt⁴.

KiBiz bezieht den Output (z. B. die Realisierung von Beobachtungsdokumentationen für jedes Kind) und den Input (die dafür notwendige Verfügungszeit) in der FBBE nicht aufeinander.⁵

KiBiz schwächt durch den Verzicht auf Standardsetzung (z.B. maximale Gruppengröße, Raumangebot, Umfang Fortbildung, verbindliche Umsetzung eines Curriculums) sowie die Verlagerung dieser und wichtiger Finanzierungsregelungen auf Träger und Kommunen (z.B. bei der Erhebung von Elternbeiträgen), die potenzielle Steuerungskraft des Landes hinsichtlich Chancensicherung für Kinder und Umsetzung des Bildungsauftrags von Kitas.

KiBiz fördert eine additive Struktur und kein integriertes System innerhalb einer regionalen Steuerung. So werden Familienzentren als zusätzliche Sondereinrichtungen entwickelt. Parallelsysteme zur Förderung von Kindern und ihren Familien (z.B. Familienbildung) sollen weder ins Gesamtsystem integriert noch durch einen abgestimmten Finanzstrom miteinander verbunden werden. Eine kommunale Steuerung von Netzwerken findet keine Berücksichtigung.

Für eine wirkungsorientierte und indikatorenabhängige Steuerung der Finanzen auf Landesebene fehlen bislang sowohl Informationen über die Wirkung pädagogischer Angebote als auch regelmäßige Erhebungen zur Bedarfslage der einzelnen Einrichtung vor Ort. Voraussetzung für eine entsprechende Transparenz wären landesweit einheitliche Informationssysteme bzw. regelmäßige Evaluationen. Zudem sollte das Land sicherstellen, dass definierte Standards eingehalten werden. Dazu ist eine breite bildungspolitische Diskussion der gewünschten Effekte anzustoßen.